

# GÖTTINGER BLÄTTER

10.2020

Herausgeber: Die LINKE. ☆ Rotes Zentrum e.V. ☆ DKP ☆ FG BRD-Cuba ☆ VVN/BDA ☆ GROBIAN ☆ Göttinger Linke

## ► Kommunalwahlen 2021 werfen erste Schatten voraus

Zwar steht der endgültige Termin noch nicht fest – irgendwann im Herbst 2021 wird's wohl sein -, aber die ersten Schritte werden bereits eingeleitet: In der SPD ist der „Kampf“ um die OB-Kandidatur eingeläutet: Soll's Frau Broistedt oder Herr Wedrins richten?

Und die Wähler\*innengemeinschaft Göttinger Linke lädt gemeinsam mit der Partei Die LINKE zum 1. Kommunalpolitischen Ratschlag ein, um – mit anderen Vereinen und Initiativen – über eine sinnvolle, linke Kommunalpolitik auch nach den anstehenden Wahlen zu diskutieren.

So heißt es in der Einladung, die an etliche Vereine, Institutionen und Organisationen in der Stadt und im Landkreis gegangen sind: „Wir meinen, dass die Ratsfraktion der Wähler\*innengemeinschaft Göttinger Linke und die Kreistagsfraktion der Partei DIE LINKE erfolgreiche Arbeit leisten, die wir natürlich auch nach der Kommunalwahl im kommenden Jahr, voraussichtlich im September, fortsetzen möchten. Uns ist es wichtig, eine breite Diskussion über Themen, die in der Stadt und im Landkreis Göttingen wichtig sind, zu führen, Aspekte zu sammeln, Meinungen zu hören, Standpunkte auszutauschen, bevor unser Kommunalwahlprogramm geschrieben wird und der Wahlkampf beginnt.“

Und weiter: „Dabei möchten wir einen „Blick über den Tellerrand“, unseren eigenen Tellerrand, werfen und freuen uns, wenn sozial und kulturell engagierte Menschen sich aktiv daran beteiligen.“

Die Konferenz soll von drei Kurzreferaten zu den Themen Wohnungspolitik, Kinder-

und Schulpolitik und Kulturpolitik sowie kurzen Diskussionen eingeleitet werden.

Nach einem Imbiss werden die Teilnehmenden zu einem „world-café“ eingeladen: An neun Tischen sollen jeweils 20 Min. folgende Themen bearbeitet werden:

- Starke Kommunen durch ausreichende Finanzierung
- Wohnen als Grundrecht und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge
- Sozialpolitik
- Inklusion und Behindertenpolitik
- Schule, Kinder- und Jugendpolitik
- Ökologie
- Kultur und Sport
- Geschlechtergerechtigkeit geht alle an!
- Solidarität auf allen Ebenen

Hierbei soll drei Mal gewechselt werden, so dass jede/r Teilnehmende\*in an drei Themen mitarbeiten kann. Den Abschluss bilden die Auswertungen der Themen-Tische und die Bildung von Arbeitsgruppen zu den verschiedenen Themen, die im Wahlprogramm erwähnt werden sollen.

Und auch die Fortsetzung dieser Arbeit ist bereits geplant:

**30. Januar.2021:**  
**Zweite kommunalpolitische Konferenz:**  
Vorstellung der Ergebnisse der Arbeitsgruppen

**20. März 2021:**  
**Dritte kommunalpolitische Konferenz:**  
Diskussion und Beschluss des Wahlprogramms



Kommunalpolitische Konferenz 2011 im Haus der Kulturen

### im Internet

[https://www.goettinger-linke.de/goeblae\\_2019.php](https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2019.php)

### Kontakt

POST: Göttinger Blätter  
Lange Geismarstraße 2  
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen  
Telefon: 0551/67065

### Inhalt

Kommunalwahlen 2021	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreisverband	7
DIE LINKE. Landesverbände	8
Rotes Zentrum e.V.	9
Göttinger Linke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Bittner: Navalny u.a.	12

### Redaktionsschluss

für die Ausgabe 11.2020  
ist der 16. Oktober.  
Auslieferung am 22. Oktober.

### 24. April 2021

**Vierte kommunalpolitische Konferenz:**  
Aufstellung und Wahl der Kandidat\*innen für die Stadt Göttingen (Göttinger Linke) und den Kreistag (Partei Die LINKE)

(gs)

## Göttinger Friedensforum trifft sich

Das nächste Treffen des GFF findet statt am 14. Oktober um 19.00 Uhr im Naturfreundehaus „Kleiner Hagen“, Naturfreundeweg 1.

Auf der Tagesordnung steht – neben organisatorischen Absprachen – eine Diskussion zur Situation in Belarus. Hierzu wird es ein kurzes Eingangsreferat geben.



# Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: [www.goettingen.vvn-bda.de](http://www.goettingen.vvn-bda.de) • Email: [vvn-goettingen@secarts.org](mailto:vvn-goettingen@secarts.org)

## ▶ Jeder Name zählt

von Ulrich Schneider

### Digitales Archiv der Deportation lädt zur Mitarbeit ein

Das älteste Archiv zur Geschichte der faschistischen Deportation und des Lagersystems befindet sich seit vielen Jahrzehnten im nordhessischen Bad Arolsen. Es handelt sich um das Archiv des früheren Internationalen Suchdienstes (International Tracing Service – ITS). Diese 1948 gegründete Einrichtung wurde im Auftrag der Siegermächte von der Bundesrepublik Deutschland organisiert und diente in den ersten Jahrzehnten der Aufklärung von Verfolgungs- und Haftchicksalen. Insbesondere für die Anerkennung von Haftzeiten in Konzentrationslagern im Rahmen der Entschädigung oder den Nachweis des Todes von Angehörigen waren die dort gesammelten Unterlagen aus den befreiten Konzentrationslagern von großer Bedeutung.

Mit Beginn der gesellschaftlichen Aufarbeitung des faschistischen Terrorsystems wurde der Suchdienst immer wieder auch von Historikern angefragt, was jedoch seit Beginn der 80er Jahre zunehmend schwieriger wurde. Es bedurfte politischer Aktionen der Verfolgtenverbände aus Frankreich, Belgien, den Niederlanden, der VVN-BdA und der FIR, bis es gelang, ein Umdenken und eine Öffnung der Bestände für historische Forschung zu erreichen.

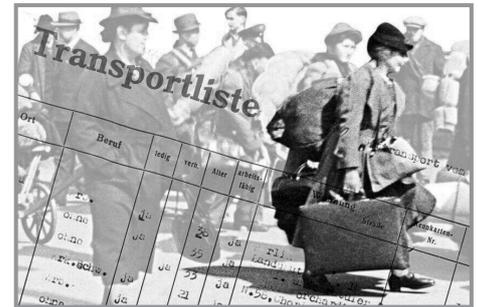
Nach mehreren Jahren intensiver Arbeit ist die wohl größte Sammlung zu Deportation und Verfolgung im NS-Regime nun im Internet einsehbar. Die Sammlung des früheren Opfer-Suchdienstes ITS gehört zum UNESCO-Weltdokumentenerbe. Die historischen Bestände der Arolsen Archives stehen seit April 2020 fast vollständig online. Sie umfassen Originaldokumente und Kopien über Millionen von Zwangsarbeitern sowie Transport- und Deportationslisten über Millionen Menschen, die in Konzentrationslager und Ghettos verschleppt wurden. Nun können Interessierte weltweit fortan über das Online-

archiv auf 26 Millionen Dokumente mit Informationen zu 21 Millionen Namen von Verfolgten zugreifen.

Damit sei man dem Ziel, den Opfern des NS-Regimes ein digitales Denkmal zu setzen, einen großen Schritt nähergekommen, heißt es in der Mitteilung von Arolsen Archives. Dies sei auch Partnern wie der Internationalen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Israel zu verdanken. Diese habe riesige Sammlungen wie die Zwangsarbeiterkartei ins Onlinearchiv eingebracht.

### Crowdsourcing-Aktion

Zur Erleichterung der digitalen Recherche ruft das Archiv nun zu einer besonderen Form der Unterstützung auf, der Crowdsourcing-Aktion »Jeder Name zählt«. Alle Interessierten sind eingeladen, Namen aus Deportations- und KZ-Listen für die Datenbank des Archivs zu erfassen, um die Schicksale dieser Menschen vor dem Vergessen zu bewahren. Das Projekt eröffne die Möglichkeit, an einem Wissensspeicher kollektiven Erinnerns mitzuwirken, so das Archiv. Bereits Anfang 2020 startete das Projekt »Jeder Name zählt« mit rund 1.000 Schülerinnen und Schülern in Hessen. Die Konfrontation mit den Originaldokumenten zu Namen, Alter und Wohnorten der Opfer war für die Schülerinnen und Schüler ein ungewohnt direkter Zugang zu den Verbrechen des NS-Regimes. Für einen Tag wurden die Dokumente des Archivs für sie lebendig. Die Schülerinnen und Schüler waren begeistert, an einem großen gemeinsamen Projekt gegen das Vergessen oder gar das Leugnen der deutschen Vergangenheit mitzuwirken. Das hat die Verantwortlichen ermuntert, nun ein offenes Angebot für alle zu schaffen, die sich derzeit von Zuhause aus für eine gesellschaftliche Aufgabe engagieren wollen. Man sehe darin die Möglichkeit einer neuen Form der Gedenkkultur in einer Zeit von Kontaktsperren und sozialer Distanzierung, betonte Floriane Azoulay, Direktorin der Arolsen Archives.



Vor wenigen Wochen erhielten die Arolsen Archives eine große Anerkennung, nämlich den Europäischen Kulturerbe-Preis / Europa Nostra Awards 2020 in der Kategorie Bildung, Ausbildung und Bewusstseinsbildung: »Die international anerkannten Arolsen Archives sind von enormer Bedeutung. Die Fülle an Dokumenten trägt zum globalen Wissen der Opfer und Überlebenden der nationalsozialistischen Verfolgung bei und macht die Verbrechen transparent. Der Erfolg dieses Aufklärungsprojekts besteht darin, rund 30 Millionen Dokumente zu digitalisieren und Open Access zu ermöglichen. Die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen auf der ganzen Welt hat die Datenbank weiter bereichert. Das Metadaten-Vokabular ermöglicht es Benutzern, diese immense Menge an Informationen einfach zu durchsuchen und die Dialogoberfläche erleichtert die Interaktion zwischen Benutzern«, erklärte die Jury.

Zu finden ist das Archiv unter:  
[www.arolsen-archives.org](http://www.arolsen-archives.org)

## Kräftiger Protest gegen AfD-Landesparteitag

5.000 Antifaschisten sind in Braunschweig gegen den Landesparteitag der AfD Niedersachsen, der am 12. und 13.09.2020 stattfand, auf die Straße gegangen. Auf der Abschlusskundgebung des Bündnis gegen Rechts bilanzierte der ver.di Bezirksvorsitzende Sebastian Wertmüller die Proteste: „Die Zivilgesellschaft unserer Stadt lebt, und die AfD widert sie an. Dass dieser braune Haufen jetzt sich schon wieder hier zusammenfindet, kann nur auf Widerstand stoßen.“

## Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen  
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

### Mitgliederversammlung

**Dienstag 13. Oktober 20.00 im Berliner Hof**

**Thema: Bericht von der Bundesdelgiertenkonferenz**



unser Kooperations-  
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer  
**BILDUNGSINITIATIVEN** e.V.

## ► Russische Firma erschließt neues Erdölbohrloch in Kuba

Von Marcel Kunzmann, amerika21

**Havanna.** Wie die kubanische Nachrichtagentur „Prensa Latina“ berichtet, hat die russische Firma Zarubezhneft erfolgreich eine neue Bohrstelle in den Ölfeldern von Boca de Jaruca in Kubas Provinz Mayabeque erschlossen. Die Bohrung sei mittels horizontaler Fördertechnik bewerkstelligt worden und liefere 52 Tonnen Schweröl pro Tag, so der Bericht.

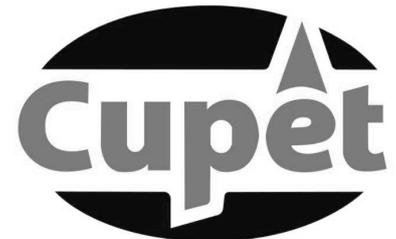
Außenhandelsminister Rodrigo Malmerca lobte den Erfolg des Unternehmens als Beispiel für die Nutzung moderner Technologie über ausländische Investitionen. Im Rahmen des Besuchs von Russlands Premierminister Dimitri Medwedew schloss Kuba im Oktober 2019 ein Abkommen der russischen Firma, das neue Erschließungen in den kubanischen Festlandölfeldern vorsieht.

Kubas staatliche Erdölfirma Cupet arbeitet bereits seit 2011 mit Zarubezhneft zusammen. Deren Direktor, Sergey Kudryashov, bezeichnete das Projekt in Kuba als „wichtiges Element zum Erhalt der Tech-

nologieführerschaft bei der Förderung von Erdöl“. Das Unternehmen will in den kommenden zwei Jahren 30 weitere Bohrlöcher mittels horizontaler Fördertechnik errichten und plant hierfür rund 100 Millionen Euro zu investieren.

An der kubanischen Nordküste von Boca de Jaruco wird bereits seit den 1970er-Jahren Öl gefördert. Zusammen mit anderen Ölfeldern in Matanzas kann Kuba so knapp die Hälfte des benötigten Erdölbedarfs mittels eigener Produktion sicherstellen. Das auf dem Festland gelagerte Öl ist jedoch stark schwefelhaltig und von niedriger Qualität, weshalb es ausschließlich für die Stromerzeugung in Schwerölkraftwerken genutzt wird.

Erkundungen zur Erschließung der Offshore-Vorkommen in Kubas Küstengewässern, wo höherwertige Vorkommen vermutet werden, verliefen bisher ohne Ergebnis. Aus den neuen Bohrlöchern entlang der Nordküste wollen Cupet und Zarubezhneft



Logo der staatlichen Erdölfirma Cupet

in den kommenden zehn Jahren insgesamt zwei Millionen Tonnen Erdöl fördern. Rund 80 Prozent der elektrischen Energie auf Kuba werden derzeit mittels Schweröl und Dieselkraftstoff erzeugt, wobei letzterer vollständig importiert werden muss.

Vor allem Venezuela beliefert die Insel mit Energieträgern. Kuba musste jedoch aufgrund der aktuellen Wirtschaftskrise und verschärften US-Sanktionen die Importe auch auf diesem Gebiet zuletzt weiter einschränken. Der stellvertretende Premierminister Ramiro Valdés rief die Bevölkerung indes zum Stromsparen auf, nachdem der Verbrauch Anfang September über dem eingeplanten Bedarf lag.

Bis 2030 will Kuba den Anteil erneuerbarer Energieträger am Strommix von derzeit rund 2 auf 24 Prozent ausbauen.

## ► Überziehung des geplanten Stromverbrauchs einiger betrifft alle

**Der stellvertretende Premierminister Revolutionskommandant Ramiro Valdés Menéndez wies darauf hin, dass die Arbeit der kommunalen Energieräte nicht nur darauf gerichtet sein solle, die hohen Verbraucher im Wohnbereich und bei den staatlichen Dienstleistungen zu identifizieren, sondern auch darauf, Maßnahmen zu ergreifen, die die Situation ändern und das Problem lösen.**

Autor: Gladys Leidys Ramos | internet@granma.cu

Die Provinzen der westlichen Region, im Zentrum des Landes und Camagüey weisen die höchste Überziehung des geplanten Stromverbrauchs

Die Stromerzeugung ist eine der schwierigsten Angelegenheiten, wenn man die Einschränkungen bei Diesel und die Notwendigkeit des Sparens bedenkt. Die Lösung bleibt, sich auf die tatsächlichen Möglichkeiten einzustellen.

Dies wurde auf der jüngsten Sitzung des Nationalen Energierats eingeschätzt,

da trotz des für August neu angepassten Gesamtenergieverbrauchsplans am Monatsende mehr als 16.890 Megawattstunden verbraucht worden waren, 1,1 % mehr als geplant.

Der stellvertretende Premierminister Revolutionskommandant Ramiro Valdés Menéndez wies darauf hin, dass die Arbeit der kommunalen Energieräte nicht nur darauf gerichtet sein solle, die hohen Verbraucher im Wohnbereich und bei den staatlichen Dienstleistungen zu identifizieren, sondern auch darauf, Maßnahmen zu ergreifen, die die Situation ändern und das Problem lösen. Dem stimmte Liván

Arronte Cruz, Minister für Energie und Bergbau, zu, der darüber hinaus detailliert auf die Stromverbrauchskurve einging, die in dieser letzten Periode einen Anstieg in den Nachtstunden und am frühen Morgens verzeichnet, vor allem aufgrund von zu hohem Verbrauch im Wohnbereich in den westlichen Provinzen. In dieser Region wurden, wie auch im Zentrum des Landes und in der Provinz Camagüey, beim Stromverbrauch im Vergleich zum für August geplanten Verbrauch rote Zahlen geschrieben.

Am 1. September wurden etwa 5 % mehr als die 47,79 Gigawattstunden verbraucht, die sich das Land leisten kann.

# Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com, goettingen@dkp-niedersachsen.de

## ▶ Pablo Neruda im Roten Zentrum, – ein Schritt zur Normalität

Es war natürlich nicht nur ein Schritt zur „Normalität“, es war vor allem ein kultureller Höhepunkt, Wolfgang Teuber über den chilenischen Dichter Neruda, den Dichter des Volkes, zuhören zu können, dem Leben dieses Genies der lateinamerikanischen Dichtkunst zu folgen und ein paar – wenige – seiner Gedichte zu hören. Teuber, als er nach 105 Minuten endete, meinte, er hätte so gern mehr der Gedichte Nerudas vorgetragen, aber er fürchtete, dass es dann zu lang geworden wäre.

Gebannt folgten die Anwesenden der leidenschaftlich vorgetragenen Geschichte, den Zitaten aus Nerudas Memoiren, den Fotos aus seinem Leben, den Beschreibungen von Volodia Teitelboim und natürlich den Oden, die Neruda in seinen verschiedenen Schaffensperioden schrieb. Und: Neruda war nicht nur so ein Dichter; er war parteilich: Er stand auf der Seite der Arbeiter\*innen, der Bergbauer, der Landarbeiter\*innen, die ihn dafür auch in das chilenische Parlament gewählt haben.

Dafür aber zog er auch den Hass der Faschisten auf sich, als diese am 11. September 1973 putschten und Salvador Allende ermordeten: Drei Wochen später starb er im Krankenhaus in Chile an „Fremdeinwirkung“ – ein ganz schickes Wort für „Mord“.

Diese Veranstaltung der DKP-Göttingen im Roten Zentrum, die – entsprechend der Coroaregeln – gut besucht war, hat im Roten Zentrum auch so etwas wie „Normalität“ unter den gegebenen Umständen wiedergebracht und ein Beispiel gegeben, was innerhalb des Roten Zentrums möglich ist.

Ach ja: Da war noch die Meinungsäußerung eines Besuchers nach dem Ende von Wolfgang Teubers Vortrag: „Schade, dass der Vortrag so kurz war!“

(gusi, Fotos: Carmen)



### Mitgliederversammlungen im Oktober

#### 6. Oktober:

**Tarifrunde Öffentlicher Dienst -**  
Referentin ist Ruth K.

#### 20. Oktober:

Es liegt dem Sprecherkreis kein Thema vor

**Alle MV'en finden jeweils um 20.00 Uhr im Foyer des Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt.** Wenn zu viele TeilnehmerInnen kommen sollten, können wir in den Saal der Rote Hilfe ausweichen.



## Kreismitgliederversammlung der DKP Göttingen am 17. 12. 2020

zur Wahl eines Direktkandidaten für die Bundestagswahlen. Das Ganze ist anstelle einer regulären Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

Einlass

1. Eröffnung, Begrüßung

2. Konstituierung

- Wahl der Versammlungsleitung

- Beschlussfassung über die Geschäftsordnung

- Beschlussfassung über TOP u. Zeitplan

- Wahl der Wahlkommission

3. Referat und Rechenschaftsbericht des Sprecherkreises (optional)

4. Vorstellung der Kandidaten

5. Diskussion

6. Wahlen

- Beschluss zur Wahlordnung

7. Bericht der Wahlkommission

8. Schlusswort

# GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: [grobian-grone.web.de](mailto:grobian-grone.web.de)
- ☛ Treffen: Donnerstags, 20.00 Uhr, Jona-Gemeinde, Grone



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

## ► Überlegungen der Mieter\*innen zu ADLER & Co – Hierzu sollte der Ortsrat am 24. September befragt werden

An diesem Termin fand die Ortsratssitzung in Grone – leider nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe - statt. Aber die Mieter\*inneninitiative hatte sich mit der gegenwärtigen Situation befasst und wollte zu den benannten Komplexen Fragen stellen. Über die Antworten werden wir hier in der nächsten Ausgabe berichten.

**Seit 5 Jahren ist die Adler Real Estate Eigentümerin von 1.098 Wohnungen in Grone. Sie ist der fünfte Eigentümer in den letzten 20 Jahren. Eigentlich der sechste, denn seit einigen Monaten gehören die Wohnungen der ADO Properties S.A., die sich Adler Real Estate nennt. Was haben die letzten 5 Jahre den Mietern in Grone gebracht?**

Die meisten Investoren zuvor sind dadurch aufgefallen, dass sie so gut wie nichts in den Erhalt der über 40 Jahre alten Wohnungen investiert haben. Das hat auch dazu beigetragen, dass die Mieten halbwegs bezahlbar blieben. Als in den letzten Jahren die Miete auch in Göttingen immer weiter stiegen, wurden die günstigen Mieten den Gröner Mietern jedoch zum Verhängnis. Sie passten perfekt in das Geschäftsmodell der Adler Real Estate: Wohnungsbestände in so genannten B-Lagen günstig kaufen und dann das Mietniveau steigern.

Göttingen bot dafür gute Voraussetzungen. 2014 mussten Erstsemester in Zelten und in Hotels nächtigen, weil es an Wohnraum fehlte. Die näheren Umstände zum Kauf und zu „Adler“ müssen hier nicht ausgeführt werden. Sie sind in einer Broschüre des Vereins INGrone\* dargestellt. Auch die Ziele, die „Adler“ mit ihrem Investment in Grone verfolgt, sind schon in Flugblättern der Gröner Mieterinitiative und im dem „Wohnraum Atlas Göttingen“\*\* untersucht worden. Kein Mieter (auch kein Politiker) bezweifelt, dass es dem Investor in erster (und letzter) Linie darum geht, Erträge zu erwirtschaften, die aus dem investierten, meist geliehenem Geld mehr Geld machen. Kaum einer hält das für falsch, für unerträglich. In welchem Umfang ist das „Adler“ auch gelungen?

„Adler“ berichtet seinen Aktionären, dass sie das Mietniveau in Grone seit Anfang 2016 um rund 27% steigern konnte. Die durchschnittliche Netto-Kaltmiete stieg von 4,82 Euro/qm auf 6,12 Euro/qm (Juni 2020). Das bedeutet, dass die Gröner Mieter heute 6,2 Mio. Euro an Miete pro Jahr an „Adler“ überweisen statt 3,5 Mio. Euro im Jahr 2016. Rechnet man die in der Zwischenzeit von Brack Capital Properties zugekauften Wohnungen heraus, dann zahlen die Mieter der ehemaligen Neue Heimat-Wohnungen heute knapp 58 Prozent mehr an Miete, sind also um 2,02 Mio. Euro ärmer geworden.

Was hat der Investor „Adler“ mit diesen Mehreinnahmen gemacht? Vielleicht die oft renovierungsbedürftigen Wohnungen instandgesetzt? Oder die Sicherheitseinrichtungen ordnungsgemäß gewartet? Es gibt wohl Schönheitsreparaturen vor einer Neuvermietung, was bei Neuvermietungspreisen von 8-10 Euro/qm hilfreich ist und Leerstand vermeidet. Und es werden auch defekte Lampen ausgetauscht und neue Informationstafeln angebracht. Aber bei der lebensnotwendigen Wartung von Brandschutzmeldern – keine Nebensächlichkeiten – ist die „Adler“ schon sehr „zurückhaltend“.

Dass „Adler“ sich trotz gesteigerter Mieteinnahmen bei der Instandhaltung sehr zurückhält, darauf deuten auch die von „Adler“ selbst veröffentlichten Zahlen hin. 6,40 Euro pro Quadratmeter und Jahr gibt der Konzern (2019) durchschnittlich für die Instandhaltung seiner Wohnungen aus. Das ist nicht besonders viel. Für so alte Wohnungen wie in Grone sehen die Berechnungsverordnungen des Sozialen Wohnungsbaus 11,50 Euro vor. Die Städtische Wohnungsbau gibt bis zu 20 Euro/qm aus. Aber investiert „Adler“ zumindest die 6,40 Euro? Das wären fast eine halbe Million im Jahr – nur für Instandhaltung.



Nach Beobachtungen der Gröner Mieterinitiative muss man daran zweifeln.

Was können Mieter tun? Die Mieter sollten die mit der Miete rechnerisch bereits bezahlten Instandhaltungen dokumentieren und einfordern. Sonst bezahlen sie die Instandhaltungen eventuell mit erhöhten Modernisierungskosten ein zweites Mal.

Was also hat „Adler“ mit den erfolgreich gesteigerten Mieteinnahmen – und von Nebenkosten und Mieterhöhungen durch Modernisierung war noch gar nicht die Rede – gemacht? Vonovia-Mieter zahlen nachweislich rund ein Drittel (!) ihrer Miete an die Aktionäre. Warum sollte das bei „Adler“ anders sein? Mieteinkommen sind nicht Gewinne auf Investitionen. Ihre Grundlage sind Monopole, Eigentumstitel, die den Eigentümern in Monte Carlo, Israel, USA oder auf Malta leistungslose Einkommen verschaffen.

Politiker bedauern gern die steigenden Mieten und ihre geringen Möglichkeiten, daran etwas ändern zu können. Sie werben dennoch für ein wenig „Investorengerechtigkeit“ und verweisen darauf, dass Konzerne wie „Adler“ sich als Mitglied im Bündnis doch immerhin ideell für bezahlbares Wohnen einsetzen.

Was können Mieter daraus lernen? Die Forderung nach bezahlbarem Wohnraum ist nicht genug!

\* Die ADLER-Broschüre kann bestellt werden unter [grobian-grone@web.de](mailto:grobian-grone@web.de)  
\*\* (<https://stadtentwicklunggoettingen.files.wordpress.com/2020/03/wohnraum-atlas-goccc88ttingen-2020-final.pdf>)



## Kreismitgliederversammlung:

voraussichtlich wieder im November.

## Erste Kommunalpolitische Konferenz:

**Samstag, 7. November 2020, 10 bis 16 Uhr** im Saal des Jungen Theater  
(Ankündigung auf S.1)

## Kommunalpolitischer Arbeitskreis

**Mittwoch, 7. Oktober, 17:00 Uhr** bei Göttinger Verkehrsbetriebe, Gustav-Bielefeld-Straße 1, Göttingen

Besuch des Betriebshofes der Göttinger Verkehrsbetriebe und Gespräch mit der Geschäftsführung.

Anmeldung notwendig unter [sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de](mailto:sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de)

## Termine der Ortsverbände:

### OV Göttingen Mitgliederversammlung

**Mittwoch, 28. Oktober 19:00** im Saal der Roten Hilfe, Lange Geismarstr,3, Göttingen

Schwerpunktthema: 15 Jahre Hartz IV mit Jo Bons

### OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

**Freitag, 9. Oktober, 19:00 Uhr**, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

## DIE LINKE im Bundestag: Fraktion vor Ort

Diether Dehm lädt alle Genoss\*innen des Kreisverbandes DIE LINKE. Göttingen/Osterode und Interessierte zu folgender Veranstaltung ein:

## DIE LINKE im Bundestag: Fraktion vor Ort Opfer der Corona-Krise: Menschenrechte und Kultur

**am 20. Oktober, um 19 Uhr** im Saal des Jungen Theaters, Bürgerstr. 15,  
37073 Göttingen (Eingang über Gartenstr.)

mit

Dr. Diether Dehm (MdB) - Mittelstandspolitischer Sprecher

Zaklin Nastic (MdB) - Menschenrechtspolitische Sprecherin

Dr. Manfred Sohn - ehem. Landesvorsitzender + Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

Niedersachsen

Musikalisches Rahmenprogramm von Diether Dehm und Michael Letz

## Veranstaltung des Rosa-Luxemburg-Club:

### Film zum 50. Jahrestag der „Unidad Popular“

### Salvador Allende

(Patricio Guzmán, 2004)

**Mittwoch, 4. November 2020, 20.00 Uhr** im Kino Lumière, Geismar Landstr. 19, Göttingen

Einführung von und Diskussion im Anschluss mit: Professor (em.) Dr. Manfred Engelbert  
Vor 50 Jahren, am 4. November 1970, trat Salvador Allende seine Amtszeit als Präsident Chiles an. Seine Wahl ist ein historisches Ereignis. Zum ersten Mal überhaupt kam ein sozialistischer Präsident in freien Wahlen an die Regierung. Der „friedliche Weg zum Sozialismus“ war ein Experiment. Wie der von den USA gelenkte Putsch der Generäle von 1973 zeigt, durfte es keinen Erfolg haben.

Patricio Guzmán ist Allendes filmischer Biograph, der seine eigene Beziehung zum Präsidenten nicht verheimlicht. Sein Film ist daher Dokument und persönliches Bekenntnis, Zeugnis der „hartnäckigen Erinnerung“, die Guzmán wieder und wieder in seinem poetischen Realismus zum Leben erweckt.

Kooperationspartner: Film- und Kino-Initiative Göttingen e.V.

## KV Göttingen/Osterode

Lange Geissmarstraße 2, 37073 Göttingen  
Tel.: 05 51 - 29 14 05 46

[kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de)

## Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: [kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de)

## Jugendverband [;solid]:

Mail: [solid\(at\)solid-goettingen.de](mailto:solid(at)solid-goettingen.de) und bei facebook

Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

## Ortsverbände:

### OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

[ortsverband@dielinke-goettingen.de](mailto:ortsverband@dielinke-goettingen.de)

### OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368

[rosdorf@dielinke-goettingen.de](mailto:rosdorf@dielinke-goettingen.de)

### OV Bovenden

Marius Fedry, Tel. 0159 01282354

### OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz

[kreis.osterode@die-linke-goettingen.de](mailto:kreis.osterode@die-linke-goettingen.de)

### OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

[dransfeld@dielinke-goettingen.de](mailto:dransfeld@dielinke-goettingen.de)

### OV Hann. Münden

E-Mail: [Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de](mailto:Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de)

## Zusammenschlüsse:

### Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

[eckhardfascher@web.de](mailto:eckhardfascher@web.de)

### AG Antifa

[ag-antifa@die-linke-goettingen.de](mailto:ag-antifa@die-linke-goettingen.de)

### AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: [ag-gb@dielinke-goettingen.de](mailto:ag-gb@dielinke-goettingen.de)

### AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

### Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: [SL-Goettingen@web.de](mailto:SL-Goettingen@web.de)

### Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: [walter.noobsch.kpf@gmx.de](mailto:walter.noobsch.kpf@gmx.de)

## Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Elvira Kalusa,

E-Mail: [rlc-goettingen@rls-nds.de](mailto:rlc-goettingen@rls-nds.de)

<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

## Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG

IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

# DIE LINKE. Kreisverband Göttingen

## Kommunalwahl 2021 –

### ► Schwierige Situation im ländlichen Raum

(Siehe auch „Ausblick auf die nächste Kommunalwahl“ auf Seite 10)

Eine besondere Herausforderung stellt die Situation der LINKEN im ländlichen Raum dar. Bei der Kommunalwahl 2016 konnten wir immerhin in jedem Wahlbereich überall mit dort wohnenden Kandidaten antreten. Auch hatte es in den Städten und Gemeinden erfolgreiche Kandidaturen in Hann. Münden, Dransfeld, Rosdorf und Herzberg mit insgesamt sechs Mandaten gegeben, in Hann. Münden konnte sogar Fraktionsstatus erreicht werden, Nicht erfolgreich waren hingegen die Kandidaturen in Walkenried, Bad Lauterberg und Bad Grund.

Vier Jahre später hat sich die Situation dramatisch verschlechtert: In Hann. Münden ist mittlerweile eine der beiden Stadtratsmitglieder aus der Partei ausgetreten, in Rosdorf gibt es durch Wegzüge

gar keine kommunalpolitische Präsenz mehr. Die dortigen ursprünglich seit 2006 aktiven Ortsverbände zeigen keinerlei öffentliche Wirksamkeit mehr, was umso trauriger ist, da es in beiden Gemeinden von Wahl zu Wahl ein besseres Ergebnis gegeben hatte.

Im Altkreis Osterode war unsere Chance, ein Mandat zu erringen, schon immer deutlich geringer, in den dortigen einzelnen Städten und Gemeinden gab es von Herzberg und Walkenried abgesehen ohnehin nur Einzelkämpfer(innen).

Hoffnungsvoll stimmt, dass die absolute Mitgliederzahl der LINKEN. KV Göttingen/Osterode auch im ländlichen Raum weiter zugenommen hat. Liebe Genossinnen und Genossen, es ist also jetzt eine gute

Gelegenheit aktiv zu werden. Es müssen Strukturen aufgebaut werden, jetzt könnt Ihr Einfluss nehmen. Wir brauchen Euch jetzt.

Und Ihr, liebe Genossinnen und Genossen, die ihr Mitglieder der Göttinger Linken, aber nicht der Partei seid, Euch brauchen wir auch! Für Parteilose ist eine Kandidatur für DIE LINKE erwünscht und unkompliziert möglich. In Ausnahmefällen sind in Absprache mit dem KSR, unter Beteiligung dortiger Ortsverbände oder örtlichen Mitgliedern auch Bündnis-Kandidaturen in Form einer linken Wählergemeinschaft in einzelnen Gemeinden denkbar. Diese müssten dann aber anders als bei einer Kandidatur als Partei, Unterschriften für die Zulassung der Kandidatur sammeln.

### Also werdet aktiv!

Falls Ihr Interesse an einer Kandidatur habt oder Informationen dazu braucht, sprecht uns einfach beim Kongress oder den Mitgliederversammlungen an oder wendet Euch an

E-Mail: [kv@die-linke-goettingen.de](mailto:kv@die-linke-goettingen.de) oder Eckhard Fascher, 0551-40137061/0152-32077973 *ef*

### Information zur Kommunalwahl in NRW:

## ► Wahlergebnis der Kommunalwahl

	2020	2014
<b>LINKE</b>	<b>3,8</b>	<b>4,6</b>
CDU	34,3	37,5
SPD	24,3	31,4
GRÜNE	20,0	11,7
FDP	5,6	4,8
AfD	5,0	2,6

Dies wirkt sich für DIE LINKE regional sehr unterschiedlich aus. Hoffnungsvoll auch für Göttingen mag stimmen, dass die Ergebnisse der LINKEN in Städten wie Köln mit 6,5%, in Bonn mit 6,2% und Münster mit 4,9 % in etwa dem entsprechen, was DIE LINKE 2014 erreicht hat.

Im Landesdurchschnitt zeigt eine Analyse des wdr zur Kommunalwahl, dass für die Wähler insgesamt mit 32% das Thema Umwelt/ Klima am stärksten wahlentscheidend war. Bei den LINKEN ist deren Anteil mit 38% überdurchschnittlich. Damit ist der Anteil höher als bei

allen anderen Parteien mit Ausnahme der Grünen. Für 27% und damit stärker als bei allen anderen Parteien ist das Thema Wohnungsbau/ Mieten das wahlentscheidende Thema.

Hoffnung gibt, dass mit rund 6 Prozent der Anteil bei den unter 25jährigen dreimal so hoch wie bei den über 60jährigen ist.

Quelle: <https://www1.wdr.de/nachrichten/kommunalwahl/analyse-kommunalwahlen-100.html>

### DIE LINKE LV NRW am 14.9.2020, Kurz-Analyse zur Kommunalwahl:

## Als junge Partei kommunal weiter im Aufbau

Die Ergebnisse der Kommunalwahl überraschen nicht: Die SPD hat ein historisch schlechtes Ergebnis eingefahren, die AfD konnte wie erwartet kein übermäßig gutes

Ergebnis erzielen, die Grünen sind der Gewinner dieser Wahl. Denn der Friday's for Future-Bewegung ist es gelungen, diese Wahl zu einer Klimawahl zu machen. Leider hat DIE LINKE es nicht geschafft mehr Menschen davon zu überzeugen, dass Klimaschutz und neoliberale Politik aber nicht zusammen funktionieren können. Klimaschutz und Politik gehen nur dann zusammen, wenn eben nicht Profite die Maxime sind.

Als kleine Partei sind für uns die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie problematischer gewesen als für andere Parteien und sie haben uns teilweise massiv in unseren Planungen und im Wahlkampf zurück geworfen.

Wir stecken auch nach mehr als zehn Jahren im Westen Deutschlands als Partei im Aufbau und müssen unsere Basis stärken. Ein Großteil unserer Mitglieder in NRW ist unter 35 Jahre alt. Das gibt Hoffnung für die zukünftige Entwicklung unserer Partei in NRW.

Unser Dank gilt unseren Wähler\*innen, Unterstützer\*innen und den vielen engagierten Wahlkämpfer\*innen!



# DIE LINKE. in den Landtagen

Beschluss des Landesausschusses vom 12. September 2020

## ► DIE LINKE. Niedersachsen fordert die sofortige Unterbringung der Flüchtlinge von Moria in Deutschland

Seit zwei Tagen brechen an mehreren Stellen Feuer um Europas größtes Flüchtlingslager Moria herum aus. Die Geflüchteten leiden unter den Flammen und der Corona-Pandemie. Mehr als 12.600 Menschen, zeitweise waren es sogar rund 20.000 Menschen aus verschiedenen Ländern, wo Krieg, Gewalt, Hunger und Armut herrscht, sind geflüchtet. Die Flüchtlinge leben zurzeit obdachlos und sind mittlerweile teils auf Schiffe gebracht worden.

Bundesinnenminister Horst Seehofer verweigert sofortige Hilfe mit der Begründung, dass Migrant\*innen-Probleme Probleme der Europäischen Länder sind und nicht nur deutsche Probleme. An-

scheinend herrscht in der Europäischen Gemeinschaft Chaos über die Flüchtlings-Frage.

Es ist eine schreckliche, unmenschliche Situation allgemein in Flüchtlingslagern in

Griechenland und in der Türkei. Die deutsche Regierung kann die skandalöse Situation verlängern und Menschen so in menschenunwürdigen Bedingungen auf unbestimmte Zeit lassen. „Wir können eine Rechtfertigung für eine erzwungene Massenquarantäne nicht passiv hinnehmen. Im überfüllten Flüchtlingslager gibt es ältere Menschen, schwangere Frauen, Kinder und psychisch Kranke die Angst

haben und mit dieser Politik weiteren Traumata ausgesetzt sind. Um die Krise zu bewältigen, ist eine angemessene Reaktion der öffentlichen Gesundheitsversorgung erforderlich: Corona-Massentests, eine deutliche Verbesserung der Hygienebedingungen und eine Gewährleistung leichter Zugänge zu Gesundheitsdiensten für alle. Diese Bedingungen kann das Lager in Moria nicht erfüllen. Seit Monaten alarmieren wir über skandalöse Lebensbedingungen in den Lagern auf Lesbos. Besonders in Zeiten der Pandemie müssen wir solidarisch verbunden sein und dürfen niemanden zurück lassen. Wir müssen die Menschen so schnell wie möglich evakuieren“, kommentierte Heinz Bierbaum, Präsident der Europäischen Linken. Wir als Landesausschuss DIE LINKE.Niedersachsen fordern die sofortige Unterbringung der Flüchtlinge in Deutschland. Bundesländer, die bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen und die Rechte der Asylsuchenden und Geflüchteten respektieren, sollen berücksichtigt werden. Wir fordern sofortige Aufhebung der Dublin-Vorschriften und die Unterbringung der Flüchtlinge in leeren Asyl-Wohnheimen wie Bad Fallingbommel.

DIE LINKE LV Niedersachsen

## ► Hartz-IV-Erhöhung: An der Realität vorbei gerechnet

Wie das Bundesarbeitsministerium mitteilte sollen die Hartz-IV-Regelsätze im nächsten Jahr höher ausfallen als bisher geplant. Dazu erklärt Amira Mohamed Ali, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag: „Der neue Hartz-IV-Satz ist immer noch viel zu niedrig. Selbst für grundlegende Dinge wie Strom oder eine gesunde Ernährung reicht das Geld nicht. Hartz IV bleibt damit ein menschenunwürdiges System. Es muss dringend gegen eine sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt werden, die vor Armut schützt.“

Nachdem bekannt wurde, dass der Hartz-IV-Regelsatz die Stromkosten nicht abdeckt hatte Amira Mohamed Ali die Bundesregierung am 31. August 2020 zu einer Stellungnahme aufgefordert. In ihrer Antwort vom Dienstag gibt die Regierung bekannt, dass sie bei der Berechnung von Hartz-IV weiterhin an der sogenannten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) festhalten will. Dazu Mohamed Ali: „Seit Jahren kommt bei dieser Be-

rechnungsgrundlage zu wenig Geld für Hartz-IV-Beziehende heraus. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe taugt also nichts für die Berechnung des Regelsatzes. Es wäre besser Arbeitslose zu ihren tatsächlichen Ausgaben zu befragen und dann das Arbeitslosengeld anhand dieser Informationen zu berechnen.“

Heidi Reichinnek, Landesvorsitzende der LINKEN in Niedersachsen fordert auch den Landtag auf, sich dem Thema anzunehmen: „Mehr als eine halbe Millionen Menschen leben in Niedersachsen in Haushalten mit Hartz-IV-Bezug. Durch die Corona-Krise hat sich ihre Lage noch einmal verschärft, denn die Preise sind unter anderem für Lebensmittel deutlich angestiegen. Zudem kommen zusätzliche finanzielle Belastungen wie z.B. der Kauf von Schutzmasken hinzu. Gleichzeitig waren Unterstützungsangebote wie die Tafeln lange Zeit geschlossen. Als LINKE Niedersachsen fordern wir die Abkehr von allen Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfän-

ger und eine sofortige Landes-Initiative für eine sanktionsfreie Mindestsicherung, die vor Armut schützt.“

## DIE LINKE LV Hessen am 10.09.2020 Landesvorstand signalisiert einmütig Rückendeckung für Kandidatur von Janine Wissler

„Auf Bitten von Janine Wissler hat der Landesvorstand gestern kurzfristig in einer Sondersitzung über ihre Bewerbung zur Parteivorsitzenden beraten und einmütig große Rückendeckung signalisiert“, erklären Petra Heimer und Jan Schalauske, Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE. Hessen. „Janine hat in Hessen gezeigt, dass sie für eine kämpferische LINKE steht, die in und außerhalb des Parlaments konsequent für soziale Gerechtigkeit, Friedenspolitik und gegen rechts streitet sowie in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen verankert ist. Wir sind der Überzeugung, dass sie als Parteivorsitzende zu einer Stärkung der LINKEN im Bund aber auch in Hessen beitragen würde! Wir sind uns sicher, dass ihre Kandidatur breiten Rückhalt im gesamten Landesverband hat.“

# Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: [rotes-zentrum-goettingen@posteo.de](mailto:rotes-zentrum-goettingen@posteo.de)

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



## Hingeschaut!

### ► Ein Tag im Roten Zentrum im Spätsommer 2020

Die Mutter schreitet voran, starrt auf ihr Smartphone. Auf dem Weg vom großen Parkplatz an der Stadthalle zum Shopping in der Innenstadt. Samstag Vormittag, Sonnenschein, Lange-Geismar-Straße, Göttingen. Das Mädchen muss ihre Tochter sein, sie ist vielleicht 10 Jahre alt, geht lustlos hinter der abwesenden Frau her. Am Haus Nummer 2 bleibt die Tochter stehen, wie durch ein unsichtbares Band gebremst verlangsamt auch die Frau ihre Schritte, starrt weiter auf ihr Smartphone. Das Mädchen schaut sich mit aufgerissenen Augen die Gesichter von neun jungen Menschen an. Die mit Kleister an die Wand geklebten Portrait-Bilder sind vom Wetter bereits ausgeblichen. Die Botschaft ist dennoch persönlich, verstörend, eindeutig: „Aus rassistischen Motiven am 19. Februar 2020 in Hanau ermordet. Ferhat Unvar, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtovi, Kaloyan Velkov, Vili Viorel P un, Said Nesar Hashemi, Fatih Saraço lu“.

Routine. Vor Betreten des Gebäudes halte ich kurz inne. Schau nach links und rechts. Dieser Mann dort gegenüber, steht der da schon länger? Was guckt der? Was ist in seiner Tasche? Einkäufe, oder? Ein Auto fährt vor, Eichsfelder Kennzeichen, der Mann rührt sich. Die Frau am Steuer setzt den Blinker, der Mann steigt ein. Wochenendeinkauf in der Großstadt? Am 9. Oktober 2019 versucht ein Neonazi in Halle mit einer Schusswaffe in die Synagoge einzudringen. Als ihm dieses nicht gelingt tötet er die 40-jährige Jana L. und wenig später den 20-jährigen Kevin S. Jens und Dagmar Z. werden lebensgefährlich verletzt. Über Monate hatte sich der Nazi-Terrorist auf die Tat vorbereitet. Juden zu töten sei seine erste Wahl, erklärt sich der Mörder. Zuerst habe er allerdings einen Anschlag auf eine

Moschee oder ein „Antifa-Kulturzentrum“ geplant. Hingeschaut.

Bevor ich den Briefkasten öffne ziehe ich Handschuhe an. Die Briefpost ist ungeordnet durch den Schlitz gefallen, mit spitzen Fingern gehe ich die Umschläge durch. Eine auffällige Handschrift, ein unbekannter Absender? Eine markante Umschlagform? Was könnte da drinnen sein? Rieselt irgendwo etwas heraus? Am 4. Juni 2020 hatten Berufsfeuerwehr und Polizei hier im Hausflur einen auffälligen Brief beschlagnahmt. Dieser war adressiert an „Die Linke im Roten Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen“. Ähnliche Handbeschriebene Umschläge waren mit der Tagespost an die Parteibüros von FDP, Bündnis90/Die Grünen, CDU und SPD zugestellt worden. Der Inhalt: pulverartige Substanzen, Nazi-Gekrakel und Drohungen. Die Polizei ging von einem ungefährlichen Inhalt aus. Öffentlich wurden Verbindungen nach Hameln und Bremen gezogen, Ermittlungserfolge gibt es trotz markanter Machart keine. Hingeschaut.

Die Rote Markise ist ausgerollt und weithin in der Straße sichtbar, darüber flattert aus dem ersten Stockwerk die Fahne in gleicher Signalfarbe. Aus den Wohntagen hängt ein Banner: „Systemrelevant und trotzdem schlecht bezahlt“. Piktogramme stellen eine Pflegerin, einen Paketzusteller und eine Supermarkt-Kassiererin dar. „Shutdown capitalism!“. Die überwiegend jungen Leute haben sich links und rechts auf Bierbänken und an Bistrotischen niedergelassen. Halten Abstände ein aber suchen dennoch die Gemeinschaft. Es gibt Kaffee, Limonade und Kuchen. Vorbeifahrende Autos bremsen ab, Passant\*innen schauen neugierig. Freund\*innen, die zufällig vorbeikommen setzen sich erfreut dazu. Das *Antifa-*

## Rotes Zentrum im Oktober

### Einen Korbinians-Apfelbaum pflanzen

Ein antifaschistischer Apfelbaum. Benannt nach Korbinian Aigner aus Hohenbercha bei München. Im Konzentrationslager Dachau hatte der katholischen Pfarrer heimlich neue Apfelbaum-Sorten gezogen. Die Geschichte des Überlebens von Pfarrer Aigner und seines antifaschistischen Apfelbaums ist so anrührend wie Hoffnung spendend. In einer Rote Zentrums-Veranstaltung im Dezember 2019 und in einer Radiosendung zum 8. Mai 2020 hat der Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur e.V. eigene Spurensuchen vorgestellt. Nun sind „Arbeiterinnen im Weinberg des Herrn“, Obstbaumwarte, Hobby-Gärtnerinnen, Großstadt-Antifas und Dorfpunks eingeladen selber Hand anzulegen. Zehn Setzlinge des Korbinians-Apfelbaums warten ab Mitte Oktober auf ihre Pflanzung in Göttingen und Südniedersachsen. Interessent\*innen wenden sich bitte an:

[antifaverein-goettingen@nadir.org](mailto:antifaverein-goettingen@nadir.org)

*schistische Bildungszentrum und Archiv ABAG* hat eingeladen, um die Vereins-eigene Jahrespublikation vorzustellen. Das 30-Seitige Heft ist bereits im April 2020 erschienen, aufgrund der damaligen Infektionsschutz-Verordnungslage musste die Präsentation verschoben werden. Kernstück des Heftes ist eine gründliche Chronik und Analyse der extrem rechten Aktivitäten in Südniedersachsen im Jahr 2019. Die Antifaschist\*innen besprechen zudem rechte Publikationen aus dem Bestand des Archivs. Vielschichtig wird das ABAG-Magazin durch ein Gespräch mit Eli Fuhrman, dem Leiter des deutschsprachigen Teams des Archivs der israelischen Holocaustgedenkstätte Yad Vashem sowie einem Reisebericht „Auf den Wegen der Résistance“. Der Titel der Broschüre? Hingeschaut!



Wähler\*innengemeinschaft

# Göttinger Linke

[sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de](mailto:sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de)

## ► Ausblick auf die nächste Kommunalwahl

Es ist wieder soweit und die Gelegenheit für diejenigen, die sich bisher noch nicht eingebracht haben: In knapp einem Jahr sind wieder Kommunalwahlen, voraussichtlich am 19. oder 26. September 2021, wahrscheinlich zeitgleich mit der Bundestagswahl, ein genauer Wahltermin steht noch nicht fest.

Wie 2006, 2011 und 2016 wird die Wähler\*innengemeinschaft Göttinger Linke in der Stadt Göttingen zur Stadtratswahl und zu den Ortsräten antreten, zur Kreistagswahl und in den Städten und Gemeinden des Kreisgebietes tritt die Partei DIE LINKE an.

### Programmdiskussion

Die Programmdiskussion wird wie üblich gemeinsam für die Stadt und den Landkreis Göttingen geführt. Auftakt ist der erste Kommunalpolitische Kongress am 7. November (Ankündigung S.1). Zwei weitere sind am 30. Januar und 20. März 2021 geplant.

Kommen können alle Menschen, die sich für linke Kommunalpolitik interessieren und mitdiskutieren möchten. Vor allem auch diejenigen, die sich bisher unabhängig von Parteien in Gewerkschaften, außerparlamentarischen Gruppen, Initiativen oder Vereinen engagiert haben.

Zur Programmdiskussion wird es insgesamt neun Programmschwerpunkte und Arbeitsgruppen geben, diese werden am 7.11. vorgestellt und gebildet, entwickeln einen Textvorschlag, der dann am 20. März verabschiedet wird. Dabei hoffen wir, dass sich möglichst viele Linke beteiligen. Wir wollen den geballten Sachverstand des linken Spektrums.

### Kandidaturen

Im Frühjahr 2021 werden die verschiedenen Listen zur Wahl aufgestellt, dazu werden zahlreiche

Kandidat\*innen benötigt. Immerhin konnten wir 2016 43 Kandidatinnen und Kandidaten für den Stadtrat sowie 54 für den Kreistag aufbieten.

Wer sich bisher noch nicht engagiert hat, bekommt Gelegenheit dazu. In der Stadt Göttingen benötigen wir auch Kandidat\*innen für die Ortsräte, bisher sind wir nur in Grone und Geismar vertreten. Wir wünschen uns, dass sich auch in den anderen Stadtteilen geeignete Genossinnen

und Genossen zur Kandidatur bereitfinden.

In den Städten und Gemeinden des Kreisgebietes ist die Lage viel schwieriger als vor vier Jahren.

Nach der Kommunalwahl 2016 gab es insgesamt 14 Mandate, darunter jeweils drei Mandate in Stadtrat und Kreistag, sechs Mandate in den Städten, Samtgemeinden und Gemeinden des Kreises sowie die zwei genannten Ortsräte.

Falls Ihr Interesse an einer Kandidatur habt oder Informationen dazu braucht, sprecht uns einfach beim Kongress oder den Mitgliederversammlungen an oder wendet Euch an:

**E-Mail:** [sprecher.innenkreis@goelinke.de](mailto:sprecher.innenkreis@goelinke.de) oder [kv@die-linke-goettingen.de](mailto:kv@die-linke-goettingen.de)

**Telefon:** Gunnar Siebecke, 0551-93435 oder Eckhard Fascher, 0551-40137061/0152-32077973

Zur Situation im ländlichen Raum siehe Seite 6. *ef*

.....

## ► GöLi-JHV beschließt Wahlkampfplan

Die nur übersichtlich besuchte Mitgliederversammlung der Wähler\*innengemeinschaft Göttinger Linke hat am 14. September ihre diesjährige Mitgliederversammlung im Saal des Jungen Theaters durchgeführt. Nach den Rechenschaftsberichten der Ratsfraktion und des Sprecher\*innenkreises wurden der letztere sowie der Schatzmeister entlastet und anschließend ein neuer gewählt:

Die bisherigen Mitglieder Dr. Eckhard Fascher, Oliver Preuß, Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüler Christa Siebecke sowie Gunnar Siebecke als Schatzmeister kandidierten wieder und wurden einstimmig gewählt. Neu im Sprecher\*innenkreis ist Sabine Krohn aus Grone, die dort auch bei den Grobianen mitarbeitet.

Nach den Wahlen diskutierten die Anwesenden den Zeitplan des Wahlkampfes und stimmten sich über die Verfahrensweise bei der ersten kommunalpolitischen Konferenz am 7. November ab. Im Rahmen

## Kontakte:

**Wähler\*innengemeinschaft  
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,  
Lange Geismarstraße 2  
37073 Göttingen  
[www.goettinger-linke.de](http://www.goettinger-linke.de)  
E-Mail: [sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de](mailto:sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de)

### SprecherInnenkreis:

Dr. Eckhard Fascher, Sabine Krohn  
Oliver Preuß, Bärbel Safieh,  
Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

### Kassierer:

Gunnar Siebecke

### Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)  
Hiroshimaplatz 1-4  
37083 Göttingen  
Telefon: 0551- 400 2347  
[goelinke-alg-gruppe@goettingen.de](mailto:goelinke-alg-gruppe@goettingen.de)

### Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

### Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr  
Mi. 14:00 – 17:00 Uhr  
Do. 13:00 – 17:00 Uhr

### Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

### Mandatsträger:

Rolf Ralle (Fraktionsvorsitzender)  
Bärbel Safieh  
Edgar Schu

## Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

**Mittwoch, 7. Oktober 17:00 Uhr  
Göttinger Verkehrsbetriebe  
Gustav-Bielefeld-Straße 1**

Anstelle des Kommunalpolitischen Arbeitskreises im üblichen Rahmen findet diesmal ein Besuch des Betriebshofes der Göttinger Verkehrsbetriebe statt. Schwerpunkt unseres Gespräches mit der Geschäftsführung werden die Planungen für den Neubau eines Betriebshofes sein, der u.a. aufgrund des Übergangs in die Elektromobilität ins Auge gefasst wird.

Interessierte werden gebeten, sich unter [sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de](mailto:sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de) anzumelden.

der Vorbereitung der Kommunalwahl 2021 wurde eine Personalfindungskommission gewählt, deren Ziel es ist, der entsprechenden Wahlversammlung im April 2021 ein Kandidat\*innentableau für alle fünf Wahlkreise vorzuschlagen. Hierbei soll auf jeden Fall die Quotierung - mindestens der ersten zwei Plätze jedes Wahlkreises – eingehalten werden. *(gs)*



## Für Chancengleichheit bei Ausbildung in der Stadtverwaltung

*Dokumentation der Einbringungsrede eines Ratsantrags der Sitzung vom 18. September. Einbringung unseres Antrags als Tagesordnungspunkt 11 durch Bärbel Safieh. Beim aufmerksamen Lesen wird auffallen, dass es nicht nur um Migrant\*innen geht, sondern auch um Nicht-Migrant\*innen: Der Eingangstest stellt Menschen, die nicht zum Bildungsbürgertum gehören und bisher wenig Bildungsgerechtigkeit erfahren haben, unüberwindbare Hürden in den Weg:*

„Sehr geehrte Anwesende,

Im Integrationskonzept der Stadt Göttingen heißt es: Bei den Beschäftigten der Stadtverwaltung soll der Anteil an Auszubildenden mit Migrationshintergrund kontinuierlich erhöht werden.

Es hat sich jedoch gezeigt, dass es zum einen nur relativ wenig Bewerber\*innen aus diesem Personenkreis gibt.

Zum anderen bleiben diese Bewerber\*innen in dem erforderlichen sprachlastigen Eingangsverfahren leider häufig auf der Strecke.

Bei dieser traurigen Erkenntnis dürfen wir aber nicht stehenbleiben, sondern wir müssen zunächst Ursachenforschung betreiben.

Eine Ursache ist die allseits bekannte Bildungsungerechtigkeit, die bereits in der Grundschule beginnt. Gerade jetzt in der Corona-Zeit zeigt sich wieder, wie sehr die Bildungschancen immer noch von der sozialen Lage abhängen. Davon, ob eine ausreichende Ausstattung für Homeschooling vorhanden ist, ob die Wohnverhältnisse konzentriertes Lernen überhaupt zulassen oder ob die Eltern ihre Kinder ausreichend unterstützen können. Schulpolitisch können aus unserer Sicht nur gut ausgestattete Gesamtschulen dieser sozialen Schieflage entgegenwirken.

Die bestehende Bildungsungerechtigkeit trifft natürlich benachteiligte Kinder und Jugendliche generell. Aber bei Familien mit Migrationshintergrund kommen u.a. die sprachlichen Hürden noch erschwerend hinzu.

Was ist also zu tun, um der Chancenungleichheit entgegen zu wirken und dem Ziel des Integrationskonzeptes näherzukommen?

Gezielte Informationsveranstaltungen über die kommunalen Ausbildungsmöglichkeiten sind sicher ein wichtiger Baustein. Denn es fehlt ja an Vorbildern, wenn niemand aus der migrantischen Verwandtschaft oder Bekanntschaft städtischer Angestellter ist. Diese Werbung reicht aber nicht aus. Denn wenn sich Migrant\*innen bewerben und dann reihenweise beim Test scheitern, wird dies wieder alles andere als werbewirksam sein.

Wir müssen also nach neuen Wegen suchen, um zum Ziel zu kommen. Dazu gibt es ja bereits Ideen aus anderen Städten.

Eine Möglichkeit kann z.B. ein vorgeschaltetes Training sein, ein Vorbereitungskurs quasi. Hier könnten natürlich auch Jugendliche ohne Migrationshintergrund teilnehmen. Es ist ja bekannt, dass heutzutage viele Schüler\*innen Probleme mit den sprachlichen Anforderungen der Testverfahren haben. Auch eine ausbildungsbegleitende Sprachförderung wäre hilfreich.

Schließlich sollten im Eingangstest Mehrsprachigkeit und interkulturelle Erfahrungen einen höheren Stellenwert bekommen.

Gerade in der Stadtverwaltung brauchen wir Beschäftigte, die unterschiedliche Erfahrungen mitbringen und auch schwierige Lebenslagen nachvollziehen können.

Daher ist zu hoffen, dass das Eingangsverfahren für Auszubildende in Richtung Chancengleichheit verändert werden kann.“

*Die Grünen schlossen sich unserem Antrag mit einem Ergänzungsantrag an. Die SPD hielt eine Gegenrede, stimmte aber trotzdem für die Überweisung in den Personalausschuss. Nun wird dort über die Sache weiter beraten.*

## Kontakt Daten

**Gruppe Göttinger Linke/ALG  
im Rat der Stadt Göttingen**

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)

Hiroshimaplatz 1-4

37083 Göttingen

Telefon: 0551- 400 2347

[GoLinke-ALG-](https://www.goelinke.de)

[Gruppe@goettingen.de](mailto:Gruppe@goettingen.de)

**Ratsgruppenmitarbeiter:**

Udo Trost

**Öffnungszeiten des Büros:**

Mo: 9:00 – 12:30 Uhr

Mi: 14:00 – 17:00 Uhr

Do: 13:00 – 17:00 Uhr

# ► Nawalny, Nord Stream 2 und der „Sturm auf den Reichstag“

Gastkommentar von Wolfgang Bittner

Dass sich deutsche Politiker für die Interessen der USA engagieren, ist ein offenes Geheimnis. Besonders deutlich wird es in der Auseinandersetzung um die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2, die die USA mit allen Mitteln zu verhindern suchen. So fand der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages Norbert Röttgen (CDU), der auch Vorstandsmitglied der Atlantik-Brücke ist, es „richtig, das Gut der europäischen Einheit und Handlungsfähigkeit über die Solidarität mit Deutschland zu stellen.“ Sogleich trat ihm der Grünen-Europapolitiker Reinhard Bütikofer, u.a. Mitglied des Aspen Instituts, zur Seite und bezeichnete das Beharren der Bundesregierung als „verbohrtes Festhalten“ an dem Projekt.

Das entsprach den Vorgaben aus Washington, vertreten durch den US-Botschafter Richard Grenell, der von einem „dreisten Versuch der russischen Regierung, den Würgegriff zu verstärken“ gesprochen und Anfang 2019 schwerwiegende Sanktionen gegen die am Pipelinebau beteiligten Unternehmen angedroht hatte. Daraufhin stellten die Firmen Allseas und Saipem ihre Arbeit ein, obwohl bereits etwa 2.300 der 2.400 Kilometer langen Gasleitung verlegt waren.

Wie dreist und anmaßend sich Vertreter der USA im Umgang mit (theoretisch) souveränen Staaten verhalten, wurde erneut Ende Mai 2020 deutlich, als Grenell die Bundesregierung aufforderte: „Deutschland muss aufhören, die Bestie zu füttern, während es zugleich nicht genug für die Nato zahlt.“ Der US-Kongress erließ sogar ein „Gesetz zum Schutz von Europas Energiesicherheit“.

Inzwischen war ein russisches Spezialschiff vom Nordpazifik in den Nord-Stream-Logistikhafen Mukran auf Rügen gebracht worden. Aber jetzt drohten die USA allen Unternehmen und Personen, die den Pipelinebau in irgendeiner Form unterstützen. Damit demonstrierten die USA in gewohnter Weise ihren hegemonialen Anspruch. Der ehemalige stellvertretende US-Finanzminister Paul Craig Roberts sprach von einer „antidemokratischen Schurkenregierung“ der USA und warnte vor Krieg.

Ziel des völkerrechtswidrigen Vorgehens gegen den Bau der zweiten Ostseepipeline ist unter anderem die Sicherstellung des Verkaufs von amerikanischem Frackinggas nach Deutschland und weiteren europäischen Staaten. Anfang August drohten dann drei republikanische US-Senatoren der Verwaltung des Hafens Mukran auf Rügen mit harten Konsequenzen, wenn sie das Nord Stream 2-Projekt weiter unterstützten. Auch gegen diese Anmaßung wurde zwar protestiert, aber dabei blieb es auch.

Nun gab es in letzter Zeit offenbar zwei False-Flag-Operationen, Ereignisse, die gravierende Folgen für die deutsche Innen- und Außenpolitik hatten. Das eine war der „Sturm auf den Reichstag“, als sich am 29. August 2020 einige Demonstranten abseits der großen Corona-Demonstration in Berlin auf die Stufen des Parlamentsgebäudes setzen wollten, darunter sogenannte Reichsbürger. Das zweite war ein Anschlag auf den russischen Oppositionspolitiker Alexej Nawalny, der am 20. August mit dem bereits bekannten Nervenkeimstoff Nowitschok vergiftet worden sein soll.

Der dramatisierte „Sturm“ der Reichsbürger, der als Teil der Corona-Demonstration abgehandelt wurde, lenkte von einer der größten Demonstrationen der letzten Jahre ab, deren Teilnehmer man pauschal als Verschwörungstheoretiker, „Covidioten“ oder Verfassungsfeinde diskriminierte. Demonstrationsverbote wurden gefordert, Sanktionen gegen die Demonstranten, tausende Kundgebungsteilnehmer hatte die Polizei eingekesselt. Auf ihre Anliegen wurde in Politik und Medien nicht eingegangen; zugleich ermutigten Politiker und Journalisten die Regierungskritiker in Weißrussland und forderten für das Land einen „Regimewechsel“.

Die tagelang andauernde Empörungswelle der Politiker und Medien verlagerte sich dann abrupt, als Bundeskanzlerin Angela Merkel am 2. September verkündete, es lägen Untersuchungsergebnisse eines Bundeswehrlabors vor, nach denen Nawalny „zweifelsfrei“ vergiftet worden sei. Und sofort kam die Forderung auf, den Bau von Nord Stream 2 nun endgültig abzubrechen.

Wieder trat mit großem Bohei Röttgen, auf die Bühne, assistiert von Bütikofer und anderen Agitatoren. Jetzt müsse „alles auf den Prüfstand“, forderte Röttgen, die einzige Sprache, die Wladimir Putin verstehe, sei „eine Sprache der Härte“. Die Russen beabsichtigten „nicht nur den Einzelnen zur Strecke zu bringen“, sondern die Botschaft zu vermitteln, es sei lebensgefährlich, sich mit dem russischen Staat anzulegen. Dass der Mordversuch an Nawalny gerade jetzt passierte, sei „Teil der bedingungslosen Unterstützung des Diktators Lukaschenko“, es sei „die Verletzung auch nur eines Mindestmaßes an Zivilität in unserem Europa“.

Im „Spiegel“ hieß es, Putin sei „eine destruktive Kraft der Weltpolitik“, und die Verteidigungsministerin und CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer bezeichnete das „System Putin“ als ein „aggressives Regime, dass seine Interessen ohne Skrupel auch mit Mitteln der Gewalt durchzusetzen versucht“.

Kremlsprecher Dmitri Peskow wies die Anschuldigungen zurück und erklärte: „Wir sind bereit und daran interessiert, vollständig zu kooperieren.“ Aber das wird wohl kaum helfen, Zweifel werden ignoriert. Festzustellen ist: Die russische Regierung hatte zugestimmt, dass Nawalny trotz der Corona-Grenzsperre zur Behandlung und Untersuchung mit einem Privatjet nach Deutschland gebracht wurde. Das hätte sie wohl kaum gemacht, wenn sie eine Vergiftung angeordnet hätte.

Es sieht danach aus, dass Deutschland den Angriffen der USA auf seine innerstaatlichen Angelegenheiten schutzlos ausgeliefert ist. Die Regierung Merkel hat im Gefolge der USA kriegstreibend offen Front gegen Russland bezogen. Damit beginnt eine neue Phase im Verhältnis Deutschlands zu Russland. Das ist tragisch und zutiefst erschreckend.

Von **Wolfgang Bittner** sind 2019 der Roman **„Die Heimat, der Krieg und der Goldene Westen“** sowie das Sachbuch **„Der neue West-Ost-Konflikt – Inszenierung einer Krise“** erschienen.